Protokoll
der 4. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 04. Juni 2002

Beginn : **16.30 Uhr** **Ende: 19.35 Uhr**
Anwesend : **siehe Anwesenheitslisten**

Tagungsort : **Rathaus Zehlendorf, BVV-Saal**

Der Vorsitzende, Herr Karnetzki, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.
Vor Eintritt in die Tagesordnung schlägt der Vorsitzende vor, TOP 6 zusammen mit TOP 12 zu behandeln, da beide Tagesordnungspunkte inhaltlich zusammen gehören. Der Ausschuss stimmt dem zu.
Fr. Berning (CDU) weist darauf hin, dass zu Drs.Nr. 190/II (TOP 13) das Votum des Ausschusses für Bildung und Kultur noch offen ist und deshalb nicht behandelt werden kann. Es wird einstimmig beschlossen, diesen TOP zu vertagen.

Fr. Berning (CDU) und Fr. Brieger (CDU) bitten um Klärung, ob der BEA überhaupt Anträge für den JHA stellen darf.
Der Antrag der CDU-Fraktion, die Sitzung gegen 19.00 Uhr wegen anderer Termine zu schliessen, wird trotz Bedenken von Fr. Krohm (SPD) angenommen.

TOP 1: Bürgerfrageviertelstunde

Der Vors. übergibt das Wort an eine Bürgerin Fr. A.

Fr. A trägt das Anliegen einer Elterngruppe, die sich um die Einrichtung einer Tagesgroßpflegestelle in Zehlendorf bemüht, vor. Die Elterngruppe möchte eine gemischtaltrige Gruppe (2 Jahre bis zur Einschulung) von höchstens 8 Kindern mit einer familienähnlichen Atmosphäre schaffen. Grundlage der Pädagogik ist die der Emmi Pikler mit Bezügen zur Waldorfpädagogik. Um diese Tagesgroßpflegestelle zu realisieren, wurden bereits Gespräche mit dem Bezirksamt geführt mit dem Ergebnis, dass sie wegen der Kosten und eines Überangebotes an Plätzen in Tagesgroßpflegestellen in Zehlendorf abgelehnt wurde.
Sie bittet nun den JHA, um Unterstützung und um Überlegung, ob sich nicht eine Chance bietet, das Anliegen der Eltern zu unterstützen.
Fr. Otto informiert den Ausschuss, dass proportional in Zehlendorf mehr Großpflegestellen vorhanden sind als in Steglitz. Dem Mangel an Kitaplätzen u.a. durch Ausbau der Tagespflege begegnet werden. Wegen des Mangels an Plätzen hat das Bezirksamt sich dafür entschieden, die Zahl der Plätze in Großpflegestellen zu reduzieren und dafür mehr Plätze in Tageseinzelpflege anzubieten.
Hr. Magdowski (Fachbereichsleiter für Kitaangelegenheiten) erläutert die erheblichen Mehrkosten für eine Großpflegestelle.

Das Anliegen von Fr. A. wird erörtert. Fr. Sunkel (FDP) spricht sich dafür aus, das Anliegen zu unterstützen. Der Vors. schlägt Fr. A. vor, den Mitgliedern des JHA mehr Informationen zum Sachverhalt einschließlich des pädagogischen Konzepts zukommen zu lassen, damit das Anliegen noch einmal geprüft werden kann.

Eine Bürgerin, Fr. B., ist ebenso anwesend und stellt sich kurz vor. Sie ist Mutter von drei Kindern (3, 6 und 8 Jahre), verheiratet, und hat nun die Möglichkeit, im Berufsleben neu einzusteigen. Voraussetzung dafür ist jedoch, der Nachweis für den Arbeitgeber, dass Ihr Sohn (3 Jahre) in einem Kindergarten betreut wird. Der Wiedereinstieg in den Beruf nach 3 Kindern ist grundsätzlich schon schwer genug. Nur durch Zufall und Glück hat sie jetzt die Möglichkeit bekommen, bei einem Freien Träger, einen Platz für ihren Sohn zu erhalten. Darum möchte Sie dem Ausschuss generell das Problem einmal darstellen und den Ausschuss anregen, sich für mehr Kitaplätze einzusetzen.
Hr. Magdowski informiert, dass es eine Reihe von Müttern gibt mit ähnlichen Situationen und nur nach Wartelisten abgearbeitet werden kann. Fr. Biermann ergänzt hierzu, alles mögliche zu tun, um jeden Einzelfall zu lösen.

TOP 2: Geschäftliche Mitteilungen des Vorsitzenden

- Der Vorsitzende verteilt eine Einladung des JFH Schottenburg zum Sommerfest am 22.06.2002.
- Er informiert über ein Seminar Fundraising am 08.06.2002 und gibt den Mitgliedern eine Einladung dazu zur Kenntnis.
- Der Vorsitzende gibt dem JHA ein Informationsblatt zur U 18 Wahl zur Kenntnis. Am 13.09.2002 veranstalten Einrichtungen der freien und kommunalen Jugendhilfe, Schulen etc. eine Wahl für alle Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren.

TOP 3: Genehmigung des Protokolls der 3. Sitzung am 30.04.2002

Das Protokoll der 3. Sitzung wird auf Antrag von Fr. Brieger (CDU) wie folgt ergänzt:
- Seite 3 zu TOP 7, letzter Satz, wird gestrichen und folgender Satz hinzugefügt:
Die personelle Mindestausstattung des KiJuB dürfe nicht unter den laut Konzept vorgeschlagenen zwei festangestellten Fachkräften liegen. Anderenfalls könne das Projekt möglicherweise scheitern bzw. den Anforderungen nicht gerecht werden.
- auf Seite 7, TOP 7, wird Folgendes ergänzt:
Die Frage von BV Brieger, ob Überhangstellen des Jugendamtes zur Lösung des Personalproblems des KiJuB beitragen könnte, wird von Fr. Biermann verneint. Es stünden keinerlei Überhangstellen zur Verfügung.

- auf Seite 7, TOP 7, folgende Ergänzung zwischen 4. und 5. Absatz
Inhaltliche Fragen bzw. Anregungen zum vorgelegten Konzept werden von den JHA-Mitgliedern nicht eingebracht.

Auf Wunsch von Herrn Netzel wird TOP 13, zweiter Spiegelstrich, wie folgt neu formuliertt:
Hr. Netzel informiert, dass der ASB-Kita in der Hohenzollernstr. *nur ein Mietvertrag über 2,5 Jahre angeboten wurde. Da in räumlicher Nähe kaum Ausweichmöglichkeiten für Kita- und Hortplätze geschaffen werden können, bittet er um Unterstützung durch die Verwaltung gemäß JHA-Beschluß vom 13. November 2001.*

Das Protokoll wird mit o.g. Änderung einstimmig angenommen.

TOP 4: Bericht der Vorsitzenden bzw. Sprecher/innen der AGs gem. § 78 SGB VIII (Kinder- und Jugendarbeit, Tagesbetreuung von Kindern, Beratung und Therapie, Familienunterstützende Hilfen)

Hr. Götsch verteilt ein Arbeitspapier „Entscheidungshilfen für Kriterien zur Entwicklung von Qualitätsstandards“ der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendarbeit. Er informiert den Ausschuss von der letzten Zusammenkunft der AG. Die AG hat sich überwiegend mit den Sparmassnahmen beschäftigt. Im Herbst soll die Klausurtagung fortgesetzt werden. Hr. G. gibt bekannt, dass im Medienkongresszentrum Erfahrungsaustausch zum Thema Gewaltspiele stattfinden.
Fr. Biermann berichtet, dass die Sprecher der übrigen AG’s noch nicht gewählt sind.

TOP 5: Förderung der Träger der freien Jugendhilfe

Dem JHA liegen zwei Leistungs- und Entgeltverträge (Sonneshaus, Mobile Jugendarbeit/Outreach) als Vorschlag der Verwaltung des Jugendamtes vor. Es wird beschlossen zunächst über diese abzustimmen.
Fr. Biermann erläutert, dass die Leistungs- und Entgeltverträge entsprechend der bisherigen Zuwendungsbeträge, die durch Beschluss des JHA festgelegt waren, erstellt wurden. Die Nachfragen inwieweit die Absenkung der Rate für das II. Quartal sich bezogen auf die Umwandlung in Leistung- und Entgeltverträge nachteilig auswirken können, werden dahingehend beantwortet, als dazu noch Gespräche mit dem Finanzdezernenten geplant sind. Fr. Otto weist darauf hin, dass es keinen Haushalt gibt und die Verwaltung nur von einem bestimmten Prozentsatz ausgehen darf, solange der Haushalt nicht endgültig beschlossen ist.

Die Vereinbarung mit dem Verband für sozial-kulturelle Arbeit, Landesgruppe Berlin e.V. für die Mobile Jugendarbeit/Outreach wird einstimmig angenommen.

Die Vereinbarung mit der Deutschen Schreberjugend, Landesverband Berlin e.V., für die Einrichtung „Sonnenhaus“ wird - bei einer Enthaltung - einstimmig beschlossen.

Zum Vorschlag der Verteilung der Zuwendung an freie Träger für das III. Quartal berichtet Fr. Sunkel (FDP) von Besichtigungen des Jugendhauses am Buschgraben. Dort hat sie festgestellt, dass dieses an einigen Tagen nicht geöffnet war, die Räumlichkeiten verwahrlosen und generell kaum Besucher in der Einrichtung vorzufinden waren. Die Toilette für Jungen war beschmutzt und die der Mädchen verschlossen. Unter Berücksichtigung aller Fakten wird die Fraktion der FDP der Zuwendung für das Jugendhaus Am Buschgraben nicht zustimmen.
Hr. Götsch berichtet bezüglich der Vorhaltungen von Frau Sunkel, dass fehlende finanzielle Mittel für den Zustand des Hauses ursächlich sind und dass das Haus nur zeitweise wegen Krankheit nicht geöffnet war. Auf Nachfrage informiert er, dass im Durchschnitt täglich ca. 10 Kinder und 15-20 Jugendliche das JFH besuchen. SPD und Bündnis 90/Grüne weisen darauf hin, wie wichtig diese Einrichtung für Jugendliche ist.
Hr. Plappert/Bündnis 90/Grüne weist darauf hin, dass rechtliche Schritte geprüft werden müssen, wenn der Antrag nicht beschlossen wird.

Frau Biermann teilt mit, dass derzeit Verhandlungen mit dem Ev. Kirchenkreis Teltow-Zehlendorf zur Zukunft und des weiteren Betriebes der Einrichtung stattfinden. Insbesondere sei zu klären, wer zukünftig Verhandlungspartner des Jugendamtes

wird, da der Leiter der Einrichtung Mitarbeiter des Ev. Kirchenkreises sei und lediglich dem JAB e.V. abgeordnet sei. Über die Konstruktion des Jugendhauses müssen klare Verhältnisse hergestellt werden. Der Ev. Kirchenkreis Teltow-Zehlendorf sei daher gebeten worden, sich bis Ende Juni 2002 zu äußern. Sie schlägt dem JHA vor, Herrn Superintendenten Sommer einzuladen und sich berichten zu lassen.

Fr. Otto weist daraufhin, dass der JHA die Zuwendungsvergabe an das Jugendhaus Buschgraben bereits in der Sitzung am 27.11.01 beschlossen habe und ihres Erachtens nunmehr nicht ohne weiteres eine Ablehnung erfolgen könne. Die Beschlussfassung für die III. Rate sei lediglich aufgrund des nicht beschlossenen Haushaltes erforderlich. Sie empfiehlt daher, dem vorliegenden Vorschlag zuzustimmen und eine Prüfung der Zuwendungsfinanzierung für das Jahr 2003 vorzunehmen. Sie weist mit Nachdruck auf die Nachteile der Kinder und Jugendlichen hin, wenn eine sofortige Schließung des JFH unumgänglich werden würde.

Im folgenden entstand eine rege Diskussion der Mitglieder.
Aufgrund des Beratungsbedarfs der CDU-Fraktion, wird die Sitzung für ca. 10 Minuten unterbrochen.

Fr. Sunkel schlägt vor, den Antrag für die Zuwendung für das III. Quartal zurückzustellen und den Superintendent, Herrn Sommer, zur Berichterstattung einzuladen.

Die CDU-Fraktion beantragt die Vertagung mit der Maßgabe, eine Sondersitzung noch im Juni einzuberufen.

Die Vertagung wird mit 6 Ja-Stimmen und 9 Nein-Stimmen abgelehnt.

Die Bewilligung der III. Rate der Zuwendung für das JFH Buschgraben wird mit 9 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 5 Enthaltungen beschlossen. Die Verwaltung der Jugendamtes wird gebeten, Herrn Superintendenten Sommer zur nächsten JHA-Sitzung einzuladen.

Die Zuwendungsraten für das III. Quartal wurden entsprechend der Vorlage für alle anderen Projekte einstimmig beschlossen.

TOP 6: Bericht der AG Kinder- und Jugendbüro (Beschluss des Konzepts)
TOP 12: Übertragung KiJuB an Trägerverein (Drs.Nr. 189/II)

Da hier der Ausschussvorsitzende für seine Fraktion einen Änderungsantrag zu Drs.Nr. 189/II stellen will, übergibt er den Vorsitz an die stellvertretende Ausschussvorsitzende Fr. Kühn.

Auf Vorschlag von Herrn Karnetzki (SPD) wird der Antrag nach kurzer Erörterung wie folgt geändert und ergänzt:

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, ein Kinder- und Jugendbüro Steglitz-Zehlendorf „KiJuB“ einzurichten.

Das KuJuB übernimmt unter Berücksichtigung des von der AG „KiJuB“ eingerichteten Konzepts, die nach § 5 (3) AGKJHG dem Bezirk obliegende Aufgabe, geeignete Formen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf kommunaler Ebene zu entwickeln und organisatorisch sicherzustellen.

Grundlage für die Arbeit des „KiJuB“ soll das von der AG „KiJuB“ ausgearbeitete Konzept sein.

Die Organisation, Projekte und die Tätigkeitsfelder des KiJuB werden so angelegt, dass ehrenamtliche Helfer jederzeit hinzugezogen werden können.

Die BVV spricht sich für die Übertragung der Einrichtung an den „Trägerverein/Trägerbund-KiJuB“ der Initiativgruppe NBH Wannseebahn, Bezirksjugendring und eviga e.V./ CoCus aus.

Die Übertragung ist zunächst bis zum 31.12.2003 befristet. Vor einer Verlängerung ist die Zustimmung des JHA einzuholen.

Über die Arbeiten des KiJuB ist dem JHA quartalsmäßig zu berichten.

Der Antrag wird in o.g. geänderter Form einstimmig beschlossen.

Nach Beschluss übernimmt Hr. Karnetzki wieder den Vorsitz.

Beschluss des Konzepts der AG Kinder- und Jugendbüro

Die Beschlussvorlage der AG Kinder- und Jugendbüro wurde ohne Aussprache einstimmig verabschiedet.

TOP 7: Bericht aus der Verwaltung

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit wird der Bericht aus der Verwaltung in schriftlicher Form zu Protokoll gegeben:

0. Jugendamt - Allgemeines

0.1 Aufgrund des nicht verabschiedeten Haushaltes gibt es derzeit keine ***Haushaltsabweichungen.***

0.2 Der *Fachtag* zum Thema ***”Wir in der Region - Sozialraumorientierung im Jugendamt”*** ist für den 13.9.2002 geplant.

1. Fachbereich Jugendförderung

1.1 Die Bauabnahme für die neue ***Jugendfreizeiteinrichtung Immenweg*** ist nunmehr für den 11.6.2002 vorgesehen.

1.2. Für die bezirklichen Angebote der ***Kinder- und Jugenderholung*** bestehen Wartelisten; lediglich für den 1. Durchgang Hohenfelde (8 - 10-jährige) sind noch einige freie Plätze vorhanden.

1.3. Der ***Kooperationsvertrag für das Kinderclubhaus Schütte-Lanz-Straße*** ist vorbereitet und soll nach Abstimmung mit dem Nachbarschaftsheim Mittelhof der BVV in der Juni-Sitzung vorgelegt werden.

2. Fachbereich Kindertagesbetreuung

2.1. Die iugendamtsinterne Arbeitsgruppe "**Übertragung von Kindertagesstätten an Freie Träger**" hat am 16.05.2002 zum zweiten Mal, erstmals unter Beteiligung von Sprechern der Kita-Leiter/innen getagt. Deutlich wurde, dass ohne landeseinheitliche Vorgaben zu den Problembereichen Personalübergang und Gebäudesanierung auf Bezirksebene nur wenig konkrete Schritte möglich sind. Es wurde verabredet, das Datenmaterial auf kleinräumiger Basis (Statistische Gebiete) für den ganzen Bezirk aufzubereiten. Die nächste Sitzung ist am 20.06.2002.
Inzwischen liegen Anfragen von 16 Freien Trägern, die ihr Übernahmeinteresse gegenüber dem Bezirk bekunden, vor.
Auf Landesebene hat sich zu dieser Thematik ein Lenkungsausschuss gebildet und am 22.05.2002 zum ersten Mal getroffen. Diesem Lenkungsausschuss sind die Jugendstadträte der 4 Parteien, Vertreter der Spitzenverbände der Freien Träger und Mitarbeiter/innen der zuständigen Senatsverwaltung in etwa gleichgewichtig vertreten. Es wurden 3 Unter-Arbeitsgruppen

1. Personalübergang
2. Immobilien
3. Rolle eines künftigen kommunalen Trägers

Eingesetzt, zu denen weitere Fachleute berufen wurden.

2.2 In den städtischen Kindertagesstätten gibt es unter der Mitarbeiter/innenschaft und den Eltern zunehmende Unruhe wegen ***des Auslaufens von Zeitverträgen von Erzieherinnen zum Kitajahresende***. Folgendes ist mit dem Personalservice vereinbart:

1. Unter den Bedingungen der Haushaltswirtschaft nach Art. 89 VerfB und bei Anerkennung der Notwendigkeit, die Betreuung von Kindern sicher zu stellen, wurden alle sich aus dem bisherigen Personalschlüssel ergebenden notwendigen Zeitverträge bis zum Ende des Betreuungsjahres (= 31.07.2002) geschlossen.
2. In der Erwartung, dass der Haushalt noch im Juni beschlossen wird, und in der Hoffnung, dass es dann keine neuen restriktiven Haushaltsauflagen gibt, werden schon jetzt alle verwaltungstechnischen Vorbereitungen für eine Verlängerung der notwendigen Zeitverträge über den 31.07. hinaus getroffen.
3. In der Annahme, dass die angekündigten Kürzungen des Personalschlüssels im Hort- und Leitungsbereich der Kindertagesstätten zusammen mit dem Haushalt (Haushaltsentlastungsgesetz 2002) beschlossen und zum 01.01.2003 umgesetzt werden, ist von einem Erzieher/innen-Überhang in unserem Bezirk im Umfang von ca. 60 Stellen auszugehen. Für eine Verlängerung von Zeitverträgen über den 31.12.2002 ist daher nach derzeitigem Kenntnisstand kein Raum.

3. Fachbereich Psychosoziale Dienste (keine Berichterstattung)

4. Fachbereich Familienunterstützende Hilfen

4.1. Für die Übertragung von Aufgaben gem. § 33 SGB VIII (Vollzeitpflege) an einen oder mehrere Träger der freien Jugendhilfe erarbeitet die AG Süd (Neukölln, Tempelhof-Schöneberg, Steglitz-Zehlendorf) an einer Konzeption. Die drei Jugendämter erarbeiten derzeit Leistungsbausteine. Geplant ist mit der Übertragung im April 2003 zu beginnen.

5. Fachbereich Jugendausbildungszentrum

5.1. Der ***Tag der offenen Tür*** war nach Auffassung der Mitarbeiter/innen der Einrichtung erfolgreich. Insgesamt 249 Besucher/innen aus dem LJA, von Schulen, Trägern der freien Jugendhilfe, von Bezirksämtern, von Innungen und von der Feuerwehr haben sich für das Angebot interessiert.

TOP 9: Streichungen bzw. Veränderungen im Bereich der Kindertageseinrichtungen

Fr. Berning und Fr. Brieger fragen nach, ob der BEA überhaupt antragsberechtigt ist. Da eine Klärung sofort nicht möglich war, wird dies nachgeholt.

Der Antrag des BEA wurde von der Fraktion B 90/Grüne und SPD übernommen. Nach Erörterung wurde der Antrag ohne Änderung mit 5 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen angenommen.

Aufgrund der Wichtigkeit dieses Themas bittet Fr. Berning (CDU), dass dieser TOP in der nächsten Sitzung des JHA als TOP für eine erweiterte Diskussion aufgenommen wird.

TOP 8, 10, 11, 13-16 werden vertagt

TOP 17: Verschiedenes

- Fr. Ehlgötz bittet den Vorsitzenden aufgrund der Erfahrungen aus den letzten Sitzungen, in denen nicht alle TOP‘e abgearbeitet werden konnten, die Tagesordnungspunkte in den zukünftigen Sitzungen der Reihenfolge nach zu gewichten.

- Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die nächste Sitzung in der Dunant-Grundschule stattfindet.

Vorsitzender :	BV Karnetzki
Schriftführerin :	BV Fr. Röttger
Protokoll :	Fr. Preuß

Bezirksamt Steglitz von Berlin
05. JUL 2002
Verwaltungsstelle

Berlin, den 11. Juni 2002

Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf von Berlin
05. JULI 2002
Jugendamt

Kinder- und Jugendbüro Steglitz - Zehlendorf

Der Stand der Dinge .....

Im Nachgang zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 04.06.02, die aufgrund des Zeit- und Themendrucks den Bericht der AG-KiJuB und die anstehende Beschlussfassung stark verkürzen musste, sei an dieser Stelle der Stand der Dinge für alle Beteiligten und Interessierten kurz resümiert und damit ein möglichst gleicher Informationsstand hergestellt.

Anlässlich der letzten Sitzung der AG-KiJuB des JHA am 13.05.02 bestätigten die Teilnehmer Herrn Wilczek noch einmal formal in seiner Leitungsfunktion der Arbeitsgruppe.
Die anschließende Diskussion konzentrierte sich auf nun anstehenden operativen Aufgaben und Ziele. Es wurde nochmals hervorgehoben, dass in der Beschlussfassung durch den JHA, die für das Kinder- und Jugendbüro als personale Mindestausstattung benötigte Stellenzahl von zwei Vollzeitstellen, festzuschreiben sei, um ein aufgabengerechtes agieren des KiJuB zu ermöglichen. Demgemäss wurde auch die für den JHA am 04.06.02 benötigte Beschlussvorlage abgestimmt.

Als ein weiterer wesentlicher Schritt in Richtung auf die konkrete Umsetzung des KiJuB-Konzeptes wurde die Gründung des Trägervereins betrachtet; diese Gründung sollte alsbald ins Werk gesetzt werden, um Handlungsfähigkeit zu gewinnen und Zuständigkeiten zu klären.
So geschehen am 23.05.02 in der Paulus-Gemeinde zu Zehlendorf, in der sich gegen 19.oo Uhr zahlreiche zukünftige Vereinsmitglieder zur Gründungsversammlung zusammenfanden.
„Kinder- und Jugendbüro Steglitz-Zehlendorf" (später mit dem Zusatz e.V.) nennt sich der gemeinnützige Verein, dessen Satzung an diesem Abend errichtet wurde.
Neben natürlichen Personen traten auch juristische Personen dem neuen Verein bei. Im wesentlichen handelt es sich dabei um Nachbarschaftshaus Wannseebahn e.V., Bezirksjugendring e.V. (i.G.), den Kinderring Berlin e.V. und eviga e.V./CoCuS.
Zu gleichberechtigten Vereinsvorständen berief die Versammlung Holger Hofmann, Gerhard Richter und Olaf Schulze.
Somit war dem Wunsch der AG-KiJuB entsprochen und auch für alle zukünftigen Kooperationspartner, Interessenten und die zuständigen Abteilungen der Verwaltung ein konkretes Gegenüber geschaffen.

Im Rahmen der Bemühungen der Vereinsmitglieder zum organisatorischen Aufbau und zur Finanzierung des Kinder- und Jugendbüros beizutragen, wurde bereits per 31.05.02 eine Beantragung von Fördermitteln aus Geldern des Deutschen Kinderhilfswerkes e.V. auf den Weg gebracht, die dazu dienen soll, die Möglichkeit des KiJuB sicherzustellen. Soll heißen: die für die Nutzung des durch das BA Steglitz-Zehlendorf zugesagten Fahrzeuges benötigten Gelder, für Versicherung, KFZ-Steuer etc. wurden für die zweite Jahreshälfte 2002 beantragt und mit einer Entscheidung wird innerhalb von fünf Wochen zu rechnen sein.

Über die ebenfalls für das KiJuB beantragte Arbeitsfördermaßnahme mit insgesamt fünf Stellen ist von Seiten der Arbeitsverwaltung noch nicht entschieden worden, obwohl durch SPI signalisiert wurde, dass die zur Co-Finanzierung notwendigen Landesmittel in ausreichender Größenordnung zur Verfügung stünden. An dieser Stelle muss noch einmal nachgearbeitet werden, auch unter Einbezug des BBB und der in der Selbstverwaltung des Arbeitsamtes Südwest Platz und Stimme habenden Bezirksstadträte.

Durch die Beschlussfassung des JHA am 04.06.02 sind nun die Weichen gestellt, um das Projekt „KiJuB" auf die operative Ebene und in die Phase der konkreten Realisierung zu bringen und wie die Dinge nun mal stehen, gilt es keine Zeit zu verlieren, denn die erste praktische Aufgabe für das „KiJuB" steht ins Haus: Unterstützung der Aktion U18 , die Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit bietet, Demokratie einzuüben.

Ich hoffe Ihnen mit diese Angaben dienlich gewesen zu sein und verbleibe

mit freundlichen Grüßen